

## Veranlassung und Zielstellung

Gemäß Artikel 10 der Richtlinie 91/676/EWG zum Schutz der Gewässer vor Verunreinigungen durch Nitrat aus landwirtschaftlichen Quellen ist die Bundesrepublik Deutschland verpflichtet, am Ende jedes vierjährigen Aktionsprogrammes einen Bericht vorzulegen, um die Wirkungen dieses Programmes zur Reduzierung der Nitratemissionen aus landwirtschaftlichen Quellen zu beurteilen. Zur Untersuchung und Bewertung der Gewässerbelastungen durch Nitrat und deren Entwicklung sind die Mitgliedstaaten verpflichtet, geeignete Überwachungsprogramme durchzuführen. Die Mitgliedstaaten, die die Aktionsprogramme in ihrem gesamten Gebiet anwenden, überwachen zudem den Nitratgehalt der Gewässer (Oberflächengewässer und Grundwasser) an ausgewählten Messstellen, an denen der Grad der Nitratverunreinigung der Gewässer aus landwirtschaftlichen Quellen festgestellt werden kann.

Bisher werden etwas mehr als 160 Messstellen als Belastungsmessnetz für die Berichterstattung zur Nitratrichtlinie genutzt. Dies erlaubt Aussagen zur Wirksamkeit der Aktionsprogramme, Aussagen zur Nitratbelastung der Gewässer insgesamt durch landwirtschaftliche Einträge können daraus aber kaum oder nur eingeschränkt abgeleitet werden. Ein regelmäßiger und umfassender Überblick über die Auswirkungen der landwirtschaftlichen Nutzflächen auf die Gewässer Deutschlands fehlt bisher.

Auf der Grundlage der Artikel-10-Berichte der Mitgliedstaaten veröffentlicht die Kommission einen zusammenfassenden Bericht zur Nitratsituation in Europa und übermittelt ihn dem Europäischen Parlament und dem Rat. Im Vergleich mit den anderen Mitgliedstaaten rangiert Deutschland in diesem Bericht, was die Dichte des Nitratmessnetzes und die Belastungsintensität des Grundwassers angeht, im untersten Abschnitt der Rangfolge. Die überwiegende Mehrzahl der Mitgliedstaaten ermittelt die Gewässerbeschaffenheit auf Grundlage eines flächendeckend repräsentativen Gewässermessnetzes. In Folge dessen wurde das deutsche Aktionsprogramm zutreffend als nicht ausreichend wirksam eingestuft und gegen Deutschland ein Vertragsverletzungsverfahren eingeleitet.

Der Kommissionsbericht zeichnet im Hinblick auf die deutschlandweite Belastungssituation der Gewässer durch Nitrat aus landwirtschaftlichen Quellen ein fachlich unzureichendes Bild. Die gewählten Belastungsmessstellen sind nicht flächenrepräsentativ, was in der öffentlichen Wahrnehmung der Nitratberichte zu Fehlannahmen verleitet und in der politischen Wahrnehmung Irritationen hervorruft. So werden die national auf Länderebene berichteten Erfolge (Kooperationsbemühungen, Agrarumweltmaßnahmen etc.) international kaum oder gar nicht wahrgenommen. Im Lichte dessen erscheint es erforderlich, die Konzeption des Messnetzes für die Nitratberichterstattung zu überarbeiten und das bestehende Belastungsnetz weiter zu entwickeln.

Die Amtschefinnen und Amtschefs der Agrarressorts der Länder haben in ihrer Sitzung am 16. Januar 2014 folgendes beschlossen: Sie bitten den Bund gemeinsam mit den Ländern das Grundwassermessstellennetz zur Überwachung der Umsetzung der EG-Nitratrichtlinie im Hinblick auf die Anforderungen der Richtlinie und die Vergleichbarkeit der Ergebnisse der Überwachung des Grundwasserzustandes innerhalb der EU zu überprüfen. Sie bitten dabei zu überprüfen, inwieweit zusätzlich die Ergebnisse von Messstellen herangezogen werden können, die im Rahmen der Umsetzung der Wasserrahmenrichtlinie betrieben werden. Die Amtschefinnen und Amtschefs der Agrarressorts der Länder halten es im Hinblick auf die Vergleichbarkeit der Messergebnisse für

dringend geboten, EU-weit einheitliche Kriterien für die Anlage und den Betrieb des Grundwassermessstellennetzes festzulegen.

In seiner 72. Sitzung am 14. Und 15. Januar hat der LAWA AG unter TOP 9.1 „Neugestaltung des EUA-Messnetzes und EU-Nitratmessnetzes“ dazu bereits einstimmig bei Abwesenheit des Vertreters aus Brandenburg beschlossen, eine Kleingruppe einzusetzen und die Messnetzkonzeption zur Umsetzung der Nitratrichtlinie zu überprüfen. Dabei sollten die Länder ergänzend zu o.g. Beschluss der Amtschefinnen und Amtschefs der Agrarressorts der Länder weitere Kriterien zur Überprüfung des Messnetzes benennen und einen Zwischenbericht zur 73. Sitzung des LAWA-AG vorlegen.